

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Kassebestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße Nr. 10. Die Redaktion befindet sich in der Hauptstraße Nr. 10. Die Druckerei befindet sich in der Hauptstraße Nr. 10. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostock.

Nr. 118. — 84. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonnabend den 23. Mai 1925

Die neuen Zollvorlagen.

In seiner Ausführungen über die Handelspolitik hatte der Reichsaussenminister Dr. Stresemann bereits angekündigt, daß der alte Zolltarif vom Jahre 1902 einer Revision unterzogen werden soll, damit die deutsche Regierung bei ihren Handelsvertragsverhandlungen auf einem den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Boden stehen könne. Diese Absicht hat bereits eine heftige Gegenbewegung ausgelöst, die sich jetzt zu einem Mißtrauensvotum verdichtet hat, das die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag gegen das Kabinett Luther wegen der Zollvorlage eingebracht hat. Bei den meisten Parteien besteht jedoch die Ansicht, daß sich die handelspolitische Lage, besonders aber das Verhältnis der deutschen Wirtschaft zum Ausland seit jener Zeit ganz außerordentlich geändert hat. Zu beachten ist: Wenn beispielsweise der alte Zolltarif, der, soweit er für die Einfuhr von Lebensmitteln Geltung hatte, bei Kriegsausbruch außer Kraft gesetzt wurde, nun wieder eingeführt wird, wenn also auf den Roggen bis zum 31. Juli 1926 ein Einfuhrzoll von 5 Mark, nach diesem Termin der alte Vertragssatz von 3 Mark wieder eingeführt wird, so bedeutet das tatsächlich einen niedrigeren Zollsatz gegenüber dem Frieden, weil 5 Mark Gold von damals nicht mehr 5 Mark Gold von heute bedeuten. Grundsätzlich kann man zu der Frage, ob Schutzzoll oder nicht, stehen wie man will —, an dem einen kann man nicht vorbeigehen, daß nämlich eine schutzpolitische Welle sich über alle Länder der Welt ergiebt. Aber Dr. Stresemann hatte in seiner Rede bereits darauf hingewiesen, daß wir keine Hochschutzzollpolitik treiben würden, daß der Ausschließungszoll in der deutschen Zollpolitik keinen Platz haben wird. Die Regierung hat nun ihre Pläne in dieser Richtung am Dienstag abend in einer Presseversammlung bekanntgegeben und durch Reichsanwalt Dr. Luther wie die Minister Graf Rautenbach und Reuhaus begründen lassen.

Einige Positionen des Zolltarifgesetzes von 1902 sind allerdings der Geldentwertung angepaßt worden. Von besonderem Interesse dürfte namentlich sein, daß der Zoll auf Kartoffeln vom 15. Februar bis 31. Juli 4 Mark, in dem anderen Halbjahr aber nur 50 Pfennige betragen soll. Der Zoll auf Fleisch ist von 27 Mark über 15 Mark auf 45 Mark ab 1. August heraufgesetzt worden, ebenso ist der früher 35 Mark betragende Zoll auf Geflügel ab 1. August 1926 auf 45 Mark erhöht worden. Der Zoll auf Schmalz wird von 10 auf 12,50 Mark, der auf Wachsenfleisch von 60 auf 75 Mark, der auf Wehl von 10 Mark auf 18,75 Mark heraufgesetzt werden.

Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß unter allen Umständen der starken Einfuhr gerade von Lebensmitteln entgegengearbeitet werden müsse. Der Einfuhrüberschuß des vergangenen Jahres mit 2,7 Milliarden Mark entspricht gerade dem Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die bei an sich möglicher Steigerung der heimischen Produktion aus eigener Scholle hätte gewonnen werden können. Die deutsche Landwirtschaft produziert infolge ungünstiger Klima- und Bodenverhältnisse, vor allem aber infolge der Belastung durch die Reparationsleistungen und daraus folgenden außerordentlich hohen Steuern teurer als das Ausland. Im Jahre 1913 war man soweit, daß der Bedarf an Roggengetreide fast ganz im Inlande gedeckt werden konnte. Gewiß hat der Versailleser Vertrag uns landwirtschaftliche Überschussgebiete entzogen, so daß unsere Produktion um 16—20% zurückgegangen ist. Trotzdem kann man doch wohl der Ansicht sein, daß die in die Milliarden gehende Einfuhr von Lebensmitteln ersetzt werden muß durch eine Produktionssteigerung im Innern, weil das Streben nach Aktivierung unserer Handelsbilanz nicht allein eine Verstärkung unserer Einfuhr verlangt, sondern in gleichem Maße die Herabsetzung der Einfuhr durch Eigenproduktion.

Während die Regierung sich bei den Lebensmittelzöllen in den wichtigsten Positionen nur auf eine Wiederherstellung des alten Zollsatzes beschränkt, hat man beim in den nächsten Jahren zu erwartenden allgemeinen Geldentwertung Rechnung getragen. Außerdem soll der neue Zolltarif für Industrieprodukte modernisiert werden, und zwar vor allen Dingen nach der Richtung hin, daß an die Stelle von Gewichtszöllen jetzt Wertzölle treten sollen, wodurch sich die Zölle automatisch der Entwertung der Kaufkraft des Geldes anpassen sollen. Auch die deutsche Industrie produziert aus den angeführten Gründen teurer als das von Reparationsverpflichtungen unbelastete Ausland. Grundsätzlich sollen die vorgeschlagenen Industri Zollsätze als Maximalzölle betrachtet werden, d. h., daß bei Handelsvertragsverhandlungen bei Gegenkommen auf der Gegenseite unsere Zollsätze ermäßigt werden können. Für die Landwirtschaft ist dabei die Frage der Automobil- und Traktorenzölle von besonderem Interesse. Angesichts des Vorkrieges, den hierbei die landwirtschaftliche Industrie hat, soll für diese Waren ein besonderer Zoll eingeführt werden, der allerdings in den nächsten Jahren herabgesetzt werden soll bis auf den Betrag, der schließlich der normalen Zollbelastung Deutschlands entspricht. Ebenso wird der Zoll auf Textilwaren erhöht werden, weil der Weltmarktpreis für diese Produkte ganz besonders hoch über dem Vorkriegspreis

liegt. Auch auf chemische Produkte soll jetzt ein Einfuhrzoll gelegt werden, weil die deutsche chemische Industrie nicht mehr die fast konkurrenzlose Stellung auf dem Weltmarkt besitzt, die ihr in der Vorkriegszeit beschieden war. Dagegen wird der Zoll auf die Eisen- und Stahlprodukte, ferner auf die Erzeugnisse der Maschinenindustrie nicht erhöht werden. Und grundsätzlich will der Entwurf der Regierung nur eine vorläufige Regelung sein, um für die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen eine

Waffe zu haben, die den veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Die Vorschläge, die die Regierung jetzt macht, sind noch keine endgültigen und es ist natürlich damit zu rechnen, daß es im Reichstag zu einer weit ausgedehnten und eingehenden Erörterung über die Einzelheiten noch kommen wird. Man nimmt an, daß die Regierung über die grundsätzliche Zustimmung einer Mehrheit im Reichstage wird verfügen können.

Memorandum Chamberlains in der Sicherheitsfrage.

London, 22. Mai. Die endgültige Entscheidung des englischen Kabinetts in der Frage des deutschen Sicherheitsangebots dürfte erst in der nächsten Woche erfolgen, wenn das Kabinett, das, wie bereits gemeldet, vorgestern bereits darüber beraten hatte, erneut zusammentritt. Außenminister Chamberlain hat inzwischen ein Zirkularmemorandum für die Kabinettsmitglieder fertig gestellt, in dem der englische Standpunkt näher präzisiert wird. Das Memorandum ist in drei Teile geteilt, deren erster die historische Entwicklung der politischen Lage in Europa behandelt, die zum deutschen Angebot des Garantiepaktes geführt hat. Im zweiten Teil gibt Chamberlain seine eigene Ansicht zu der Frage kund und bespricht im dritten Teil die Frage vom grundsätzlichen Standpunkt aus. Großbritannien müsse ein friedliches Einverständnis mit Frankreich erstreben, da die Interessen beider Länder eng miteinander verknüpft seien. Die Ergebnisse der französischen Politik, die die Stabilität des europäischen Friedens gefährden könnten, könnten nur gemildert werden durch ein gutes Einverständnis mit den Verbündeten und nicht durch politischen oder ökonomischen Druck. Andererseits müsse aber Großbritannien vermeiden, irgend etwas unter dem Druck Frankreichs zu tun. Es wird sodann die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erörtert. Weiter behandelt das Memorandum die Lage, die sich aus dem französischen Krieg in Marokko ergeben hat, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Ueberschreitung der spanischen oder internationalen Grenzen durch die französischen Truppen. Was die Entwaffnungsfrage anbelangt, so wird darauf hingewiesen, daß die Rote in die militärische Kommission zur Verbesserung eines Punktes zurückgefordert worden sei. Unter den Forderungen, die Deutschland gestellt wurden, errege besonders die Entwaffnung der Polizeikräfte und ihre Unterbringung in privaten Quartieren einige Bedenken.

Alliierten in der Abrüstungsfrage in der nächsten Woche dem deutschen Botschafter in Paris ausgedrückt werden. Die Note wird folgende Forderungen aufstellen: 1. Umbildung des deutschen Generalstabes. 2. Vollständige Umstellung der deutschen Munitionsfabrikation. 3. Freiwillige für die Reichswehr dürfen nicht mehr eingestellt werden. 4. Degradierung der Polizei, die nicht mehr in Baracken oder Kasernen massenweise untergebracht werden darf. 5. Die auf die Ausführung der Artikel 429 des Friedensvertrages bezügliche deutsche Gesetzgebung muß wirkungsvoller gestaltet werden. Es sei nicht zu erwarten, sagt das Blatt hinzu, daß die Forderungen der Alliierten von Deutschland vor dem für die Räumung der Ruhr festgesetzten Datum erfüllt werden könnten. Die britische Regierung habe aber keinen Grund, anzunehmen, daß Frankreich seine Verpflichtung, die Ruhr zu dem vorgesehene Termin zu räumen, nicht einhalten werde. England hoffe auch, daß die unvermeidliche Verzögerung in der Räumung Kölns Deutschland vor dem Eintritt in den Völkerbund nicht abhalten werde.

Belgische Regierungspläne.

Brüssel, 21. Mai. Ministerpräsident Vandervyvere hat in der Kammer die Erklärung der neuen Regierung abgegeben. Dieser Erklärung kommt jedoch weniger Bedeutung zu als dem eigentlichen Regierungsprogramm, das, da der Sturz der Regierung am Freitag fast gewiß ist, als Grundlage für die Bildung der neuen Regierung in Frage kommen wird. Bemerkenswert an der Regierungserklärung war die Unterbrechung demokratischer Forderungen. Die Regierung kündigte Gesetzentwürfe an über die Entschädigung berufsunkräftiger Arbeiter, über Sozialversicherung, Familienzuschläge und Mutterfürsorge und ferner Gesetze über die Festlegung des Schlichtungsverfahrens bei Arbeitskonflikten, Erhaltung des Mieterschutzes und Förderung des Wohnungsbaues. Der Rasttag am Freitag müsse unbedingt aufrechterhalten und das Washingtoner Abkommen ratifiziert werden, vorbehaltlich der Ratifikation durch die wichtigsten Konkurrentenländer.

Uebergabe der Abrüstungsnotiz nächste Woche.

London, 22. Mai. Wie der diplomatische Mitarbeiter der Westminster Gazette berichtet, wird die Antwortnote der

Regierungssieg im Reichstag.

Abgelehnte Mißtrauensanträge.

14. Sitzung. 13. Berlin, 20. Mai. Der Reichstag verwarf zunächst ohne Aussprache den von den Sozialdemokraten beschriebenen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Dauer der Erwerbslosenunterstützung an den sozialpolitischen Ausschuss. Dann wird die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern beschlossen, gegen die gesamte Reichsregierung einen Mißtrauensantrag einzubringen, über den heute namentlich abgestimmt werden soll. Nicht zum mindesten ist dieser Beschluß durch die neue Zolltarifvorlage bestimmt worden, die für die Gesamtpolitik der Regierung entscheidend ist.

Hg. Landsberg (Soj.) betonte dabei zunächst, ein Land in der Lage Deutschlands sei geradezu verpflichtet, bei allen politischen Akten die voraussetzliche Wirkung auf das Ausland zu berücksichtigen. Hindenburg verbandte seine Wahl in erster Linie den Kommunisten. (Bei diesen Ausführungen des Redners wurde von den kommunistischen Abgeordneten eine Reihe von Zurufen gemacht, die von den Sozialdemokraten erregt zurückgewiesen wurden.) Der Hg. Landsberg fuhr fort, seine Freunde forderten den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Sie verkennen nicht, daß dieser gegenwärtig wirklich kein Idealgebilde sei, daß er vor allem in der obersten politischen Frage höchst ungerecht gegen Deutschland vorgegangen sei. Der Gedanke des Völkerbundes sei aber so erhaben, daß auch eine unvollkommene Ausführung ihn nicht entstellen könne. Der Gedanke des Sicherheitspaktes sei von der Reichsregierung ausgenommen worden, nachdem die Deutschnationalen in die Regierung eingetreten wären. Damit sei es schwer zu vereinbaren, wenn Graf Westarp den Sicherheitspakt und den Eintritt in den Völkerbund mit Bedingungen belaste, die deutlich die Absicht zeigten, die Annahme zu verhindern. Graf Westarp habe bei seinen Angriffen gegen die Regierungspolitik wohl vergessen, daß in dieser Regierung auch Deutschnationale saßen. Diese Deutschnationalen scheinen übrigens das Vertrauen der Kommunisten zu verlieren. Denn sie seien von dem kommunistischen Mißtrauens-

antrag gegen die Abgabe der Regierung ausgenommen worden. Der kommunistische Mißtrauensantrag richtet sich nur gegen Dr. Luther und Dr. Stresemann. (Große Heiterkeit, in die der Reichstagspräsident und der Reichsaussenminister einstimmen.) Der Redner erklärte schließlich, die Sozialdemokraten müßten dieser Regierung der ungerechten Lastenverteilung und des Zolltarifs ihr schärfstes Mißtrauen bekunden.

Hg. Dr. Bell (Ztr.) meinte, der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa werde sich trotz allem schließlich durchsetzen. Ebenso wichtig wie der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage sei auch der Kampf gegen die Kolonialschuldfrage. Diese Füge von der kolonialen Unfähigkeit und Unwürdigkeit Deutschlands sollte die Beschönigung bilden für die unter unerhörtem Vorbruch vollzogene ungerechte und parteiische Ausschließung aller berechtigten kolonialen Ansprüche Deutschlands. Heute könne er, der der letzte Kolonialminister Deutschlands gewesen sei, die Vistenkarte der neuen Kolonialen Vereinigung abgeben, die sich aus kolonial interessierten Parlamentariern ohne Unterschied der Parteien von rechts und links zusammensetze. (Beifall.)

Hg. Dr. Schnee (D. Rp.) wies auf die Ausnahmestimmungen hin, die in verschiedenen englischen und anderen Kolonien noch immer den Deutschen jede Ansiedlung und koloniale Betätigung unmöglich machten. Die sogenannte Liquidation des Eigentums in den Kolonien wäre nichts anderes als Raub und Diebstahl, ein Rückfall in die barbarischen Zustände aller Zeiten. Bei der Verteilung der deutschen Kolonien habe die Entente auf die Zusammengehörigkeit der Stämme der Eingeborenen nicht die geringste Rücksicht genommen. Das Märchen von der Kolonisationsunfähigkeit Deutschlands widerlege sich durch einen Blick auf den Zustand dieser Länder und noch der letzten Jahre. Ein kleines Kaiserreich hätte sich im Weltkrieg in Ostafrika inmitten einer schwarzen Millionenbevölkerung gehalten. Die Eingeborenen aber hätten sich gegen diese von der Entente als Unerbittlichen hingestellten Deutschen nicht erhoben, sondern sie vielmehr mit hingebender Treue unterstützt.

Hg. Kolte (Wirtsch. Lga.) verlangte die Aufhebung der seit dem Kriege bestehenden deutschen Paktbestimmungen und des Wirtschaftswalles.